

Rohstoffexporte aus dem Kongo ja - aber um Gottes willen nur im Dienste des Friedens!

Eine Stellungnahme der Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ (4.5.2007)

Der direkte Zusammenhang von mafiösen Rohstoffexporten und Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo ist unbestritten. Seit den späten 1990er Jahren sind mehrere gut recherchierte Berichte erschienen, u.a. von einer Arbeitsgruppe des UNSicherheitsrats, die die Mechanismen der Kriegsökonomie und die beteiligten Firmen und Personen zum Teil detailliert aufführen. Auch im Kongo selbst ist mit dem Lutundula-Bericht ein ausführliches Dossier im Auftrag des Parlaments erstellt worden, in dem die Verwicklung nationaler und internationaler Akteure offen gelegt wird.

Wenn die DR Kongo den Übergang vom Krieg zum Frieden schaffen will, muss der gesamte Rohstoffsektor neu geordnet werden - eine Forderung, die immer wieder auch von kongolesischen Nichtregierungsorganisationen auf den Tisch gebracht wird. Auch pax christi und das Ökumenische Netz Zentralafrika haben seit Jahren mehrfach mit Briefen und Erklärungen auf den internationalen Handlungsbedarf für die Umwandlung der Kriegs- in eine Friedensökonomie hingewiesen. Passiert ist bisher kaum etwas.

In ihrem Kabinettsbeschluss zur deutschen G8-Präsidentschaft hat die Bundesregierung eine „Initiative zur Zertifizierung von Rohstoffen aus Konfliktregionen“ angekündigt, „um einen Beitrag zu friedlicher Entwicklung auch in rohstoffreichen Krisenregionen zu leisten“. Das bedeutet, vom Abbau zum Verkauf auf dem Weltmarkt und bis zum Endverbraucher in den Industrieländern werden überprüfbare Bedingungen geschaffen, damit Gewinne an wertschöpfende Unternehmen, Angestellte und an den besteuernden Staat gehen und nicht in dubiosen Kanälen von warlords verschwinden.

Die UN-Berichte sprechen im Zusammenhang mit der DR Kongo vom „illegalen Abbau von Rohstoffen“. Sowohl warlords als auch Personen in Parlament und Regierung sind darin verwickelt. Dubiose Konzessionsvergaben für den Abbau von Rohstoffen durch internationale Akteure, die ganz offensichtlich zum Schaden von Staat und Volk sind, müssen daher völlig neu ausgehandelt werden. Deutsche Investoren spielen im Kongo eine wichtige Rolle. Seriöse Investoren machen deutlich, dass ihnen im Interesse der Investitionssicherheit durchaus an transparenten Marktbedingungen ohne Schmiergeldzahlungen gelegen ist.

Der Frieden im Kongo ist von neuem gefährdet. Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung während der G8- und auch der EU-Präsidentschaft nutzen, um den Handlungsbedarf im Rohstoffsektor mit politischem Handeln aufzufüllen. Die rasche Einsetzung von Mechanismen zur Zertifizierung von Rohstoffen ist dafür ein gangbarer Weg, der schon längst beschritten werden müssen. Der Kimberley-Prozess zur Vermeidung des Handels mit „Blutdiamanten“ kann unterm Strich als Vorbild für die Zertifizierung auch von Rohstoffen wie etwa Coltan gelten.

Anstelle von ad-hoc Embargos, wie von den Vereinten Nationen bei akuten menschenrechtlichen Krisen wie in Kambodscha oder in Liberia (erst vor wenigen Tagen aufgehoben) ausgesprochen, müssen längerfristig angelegte Politikansätze wirksam werden. Die späte Beauftragung einer umfangreichen wissenschaftlichen Studie zur Rohstoffzertifizierung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ist erfreulich, kann aber die notwendigen politischen Entscheidungen für die Einrichtung von Rohstoffzertifizierungsagenturen nicht ersetzen. Die Weichen müssen so rasch wie möglich gestellt werden, nicht nur für eine Friedensökonomie in der DR Kongo, sondern auch im Hinblick auf andere Krisenherde, die mit dem Rohstoffexport befeuert werden.

Kontakt: Dr. Heinz-Werner Weßler, Tel. 0228 – 455 125 – Email: HWW-GR@t-online.de

Die Weichen von der Kriegs- zur Friedensökonomie stellen Hintergrundpapier zur Erklärung der Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ von pax christi (Deutsche Sektion)

In der DR Kongo werden alle Hoffnungen auf eine Trendumkehr beim wirtschaftlichen Niedergang durch ausbeuterische und undurchsichtige Wirtschaftsverträge mit internationalen Akteuren zunichte gemacht. Schlimmer noch als von den marodierenden Milizen ist der Frieden in Kinshasa und im ganzen Land von mafiösen Bedingungen im Rohstoffsektor bedroht. Dringender Handlungsbedarf ist angesagt, wenn das zarte Pflänzchen der Friedenshoffnung wachsen und gedeihen soll.

Die Bundesregierung kündigt in ihrem Kabinettsbeschluss zur deutschen G8-Präsidentschaft eine „Initiative zur Zertifizierung von Rohstoffen aus Konfliktregionen“ an, „um einen Beitrag zu friedlicher Entwicklung auch in rohstoffreichen Krisenregionen zu leisten“. In einer kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen weist die Bundesregierung insbesondere auf den Auftrag an die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hin, eine Studie zu den Möglichkeiten einer Zertifizierung zu erstellen und ein Pilotprojekts in der DR Kongo zu entwickeln. Pc befürchtet, dass damit konkrete Initiativen auf die lange Bank geschoben und damit politisch unwirksam werden.

Unstrittig ist, dass der mafiöse Rohstoffhandel strukturell und auch ganz direkt Ursache von Konflikt und Krieg in der DR Kongo und in der ganzen Region der Großen Seen in Afrika ist. Bereits im Jahr 2000 hat eine Arbeitsgruppe im Auftrag des UN-Sicherheitsrats die Rolle der Kriegsökonomie für den damals noch heißen Krieg analysiert. Mehrere Kongo-Resolutionen des UN-Sicherheitsrats halten seitdem fest, dass die illegale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der illegale Handel mit diesen Ressourcen eine entscheidende Rolle bei den Konflikten in der ganzen Großen-Seen-Region spielen. Im Januar 2006 verabschiedete die Internationale Große-Seen-Konferenz ein „Protokoll gegen die illegale Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen“, das Bestandteil des im Dezember 2006 verabschiedeten „Pakts über Sicherheit, Stabilität und Entwicklung in der Region der Großen Seen“ ist. Darin vereinbaren die Mitgliedstaaten, einen regionalen Zertifizierungsmechanismus für den Abbau, die Überwachung und Überprüfung von natürlichen Rohstoffen in der Region der Großen Seen zu etablieren.

Die von Kongos Übergangsparlament 2003 eingesetzte Untersuchungskommission zur Überprüfung der von Kongos Staatsbetrieben während des Krieges unterzeichneten Partnerschaftsverträgen, die so genannte Lutundula-Kommission, hat sehr viele Details der Verwicklung von Politikern und Notablen in den mafiösen Rohstoffhandel recherchiert und fordert, sämtliche seit 1997 vor allem an internationale Unternehmen vergebenen Bergbaukonzessionen unter eine Prüfungsklausel zu stellen und gegebenenfalls für illegal zu erklären. Alle wesentlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen des Landes haben sich dieser Forderung angeschlossen.

Passiert ist bisher nichts. Auch die Stellungnahme des Leiters der Staatsanwaltschaft beim Internationalen Strafgerichtshof Moreno-Ocampo zur Strafverfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Kongo kann eher als Problemanzeige denn als Problemlösung angesehen werden. Moreno Ocampo hatte erklärt, dass Unternehmen und Unternehmer, die mit Kriegsfürsten Geschäfte machen, damit zu rechnen hätten, wegen Beihilfe zu Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen zu werden. Es fehlt an Rechtsmitteln, um das in der Kriegsökonomie verwobene Unrecht dingfest zu machen. Immerhin wurde in der Resolution 1625/2005 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum ersten Mal die Bedeutung von natürlichen Ressourcen für die Entstehung und die Fortführung der „neuen“ Kriege und damit zusammenhängender Verbrechen gegen die Menschlichkeit ganz allgemein anerkannt. Im Jahr 2005 hat zudem der G8-Gipfel erklärt, dass effektive Maßnahmen unternommen werden sollen, um die

prekäre Rolle von Konflikt-Ressourcen wie Öl, Diamanten und Tropenholz einzudämmen. Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen (2000) verweisen bereits auf Zusammenhänge zwischen Handel, Konflikt und Stabilität. Schon im Jahre 2000 war die Ausfuhr von Diamanten aus Sierra Leone und Liberia durch einen Beschluss des Sicherheitsrats wegen ihres klaren Beitrags zur Aufrechthaltung der Gewalt verboten worden.

Die Auseinandersetzungen über den Bericht der UN-Arbeitsgruppe zur Rolle von multinationalen Unternehmen für die Gewalt und Menschenrechtsverletzungen im Kongo zeigen jedoch die Schwierigkeiten auf, Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten und internationaler Kriminalität konsequenten Ermittlungen zur Feststellung strafrechtlicher Verantwortlichkeit zuzuführen.

Untersuchungen empfehlen eine nähere Analyse des Potentials der so genannten mittäterschaftlichen Haftung beziehungsweise der Gehilfenhaftung in vergleichender Perspektive, das Überdenken des Ausschlusses der Unternehmensstrafbarkeit im Statut von Rom, die systematische Analyse zivilrechtlicher Haftung (Schadensersatz und Schmerzensgeld) für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verstöße gegen das Internationale Humanitäre Recht (vgl. hierzu vor allem den *Alien Torts Claim Act* der USA) und die Entwicklung von Praktiken systematischer Implementation von nationalem Völkerstrafrecht in Fällen der Aktivitäten von Unternehmen in Konfliktländern und mit Konfliktressourcen.

Die Entwicklungszusammenarbeit arbeitet mit der Privatwirtschaft an freiwilligen Verhaltenskodizes – etwa mit dem *Global Compact* der UN oder mit der *Extractive Industries Transparency Initiative*, EITI.¹

Die Bundesregierung muss sich vor allem bemühen, die wirtschaftsethischen und menschenrechtlichen Dimensionen der Rohstoffimportpolitik der reichen Länder des Nordens zu einem festen Kriterium der Zusammenarbeit im Development Assistance Committee (DAC) der OECD zu verankern, wobei gleichzeitig das Ziel sein muss, weltpolitisch neue Akteure auf den afrikanischen Rohstoffmärkten wie China und Indien einzubeziehen.

Im Jahr 2000 entstand nicht zuletzt auf Druck der „Blutdiamanten-Kampagne“ der so genannte Kimberley-Zertifizierungsprozess. Er sieht vor, dass jeder zwischen den am „Kimberley-Prozess“ beteiligten Staaten gehandelte Diamant mit einem Zertifikat versehen ist, das garantiert, dass es sich nicht um einen Konfliktdiamanten handelt, mit dem Waffen und kriegerische Konflikte finanziert werden. Alle beteiligten Staaten – darunter die gesamte EU – haben sich verpflichtet, gesetzlich die Zertifizierung zu regeln. Durch den Kimberleyprozess ist die Zahl der gehandelten Konfliktdiamanten deutlich zurückgegangen. Die International Diamond Manufacturers Association (IDMA) und die World Federation of Diamond Bourses (WFDB) haben sich im Oktober 2002 in einer Resolution zu einem freiwilligen System der Selbstregulierung bekannt, das den Kimberley-Prozess ergänzen soll.

¹ EITI ist ein Mechanismus, der die Offenlegung der Zahlungen rohstoffabbauender Industrien an Entwicklungsländer zum Ziel hat.

Dieses System gilt neben Rohdiamanten auch für verarbeitete Diamanten. Mit der Resolution verpflichten alle Dachverbände des Diamantenhandels ihre Mitglieder zur Einführung eines Garantie-Zertifikats und zur Einhaltung eines Verhaltenskodex, um den Handel mit Blut-Diamanten zu stoppen. Allerdings haben Untersuchungen gezeigt, dass der Kimberley-Prozess nicht über jeden Zweifel erhaben ist.

Für die Menschen in der DR Kongo hängt alles davon ab, ob es gelingt, die Kriegsökonomie in eine Friedensökonomie umzuwandeln. Nationale und internationale Akteure sind hier gleichermaßen gefordert. Pax christi hält den Weg der konsequenten Zertifizierung von Rohstoffen aus Konfliktgebieten für einen geeigneten Weg, den mafiösen Rohstoffhandel in der Region der Großen Seen in Afrika zu beenden. Angesichts des G8-Vorsitzes der Bundesregierung und des kommenden Gipfels in Heiligendamm fordert pax christi die Bundesregierung auf, ihre Ankündigung einzulösen und eine Initiative zur Eindämmung des mafiösen Rohstoffhandels nicht länger aufzuschieben.

- Rohstoffe aus Konfliktgebieten sollen in Zukunft nur noch in zertifizierter Form die

globalen Märkte erreichen

- Die extraktive Industrie (Rohstoffindustrie) muss transparent werden. Eine Konflikt fördernde Rolle ausländischer Unternehmen muss im eigenen Interesse der internationalen Investoren strafrechtlich relevant werden. Die dafür notwendigen Rechtsinstrumente müssen weiter entwickelt werden.

- Die Verträge im kongolesischen Rohstoffsektor seit 1997 müssen insgesamt neu verhandelt werden

Kontakt: Dr. Heinz Werner Weßler, Tel. 0228 – 455 125, HWW-GR@t-online.de